

# KLIMABÜNDNIS GEGEN LNG

Per E-Mail: [Robert.habeck@bmwi.bund.de](mailto:Robert.habeck@bmwi.bund.de)

**An Herrn**

**Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz**

**Dr. Robert Habeck**

**Scharnhorststr. 34-37**

**10115 Berlin**

28. Januar 2022

## Offener Brief

### **Klimaschutz ernst nehmen – keine staatliche Unterstützung für fossile LNG-Pläne und Fracking-Gasimporte**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

das Klimabündnis gegen LNG hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit der Zukunftsfähigkeit der Gas-Infrastruktur in Deutschland aus einer umwelt-, energie- und klimapolitischen Perspektive auseinandergesetzt.

Nach unserer Überzeugung ist der Bau eines LNG-Terminals in Deutschland weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll und auch energiepolitisch nicht notwendig. Das belegen zahlreiche Studien. Planungsrechtlich wäre ein Bau zudem nur schwer umsetzbar. Der Umstand, dass die Terminals klar auf Importe von umwelt- und klimafeindlichen Fracking-Gas abzielen, wird schließlich eine Akzeptanz der Zivilgesellschaft unmöglich machen.

Bezeichnend ist der Umstand, dass das in der Vergangenheit als aussichtsreichstes Projekt betrachtete LNG Terminal in [Wilhelmshaven](#) vom Vorhabenträger Uniper zu Gunsten eines Wasserstoff- oder Ammoniak-Importterminals fallen gelassen wurde. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie soll nach unseren Informationen in den nächsten Monaten vorgestellt werden.

Die Position des Klimabündnisses gegen LNG wird von den Landesverbänden der Grünen in [Schleswig-Holstein](#) und [Niedersachsen](#) geteilt.

Der Presse der vergangenen Woche war allerdings in mehreren Artikeln zu entnehmen, dass Sie auf Flüssigerdgas (LNG) als Lösung für die Abhängigkeit von russischem Erdgas setzen möchten. Es wurde in einigen Berichten sogar suggeriert, dass eine weitere staatliche finanzielle Unterstützung für das LNG-Terminal Brunsbüttel in Aussicht gestellt werden könnte. Auch wenn das BMWK kürzlich klargestellt hat, dass diese Projekte „privatwirtschaftlich“ sind, werden doch weiterhin Fördermittel

in Aussicht gestellt. Auch eine solche Förderung würde jedoch eine Subvention für energiewirtschaftlich unnötige und mit den Klimazielen unvereinbare fossile Projekte darstellen.

Auch Ihr eigenes Haus ist in der Vergangenheit zu der Schlussfolgerung gelangt, dass Deutschland bereits heute ausreichend Zugang zu LNG-Kapazitäten in Europa besitzt: Im [Monitoringbericht](#) nach § 63 i.V.m. § 51 EnWG von 2019 heißt es, dass der Erdgasbezug Deutschlands „im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, sowohl was Lieferländer als auch -routen betrifft, relativ breit diversifiziert“ ist. Im Rahmen des EU-Erdgasbinnenmarktes bestünden „Zugänge zu Importterminals für LNG (Liquefied Natural Gas), wie z. B. in den Niederlanden und Belgien“.

Uns ist die geopolitische Brisanz im Kontext der Abhängigkeit vom russischen Erdgas voll bewusst. Die Lösung liegt nach unserer Überzeugung in einer konsequenten Umsetzung der Energiewende, vor allem im Ausbau der Erneuerbaren und in der Reduktion der Energieverbräuche. Ein Neubau von LNG-Importterminals in Deutschland würde dagegen kurzfristig an der Abhängigkeit von Russland nichts ändern – andererseits aber die Pfadabhängigkeit in fossile Energien erhöhen.

Auch die Behauptung mancher Betreiber, die LNG-Infrastruktur irgendwann und irgendwie zu einer Wasserstoff-Import-Infrastruktur umzurüsten, ist nicht tragfähig. Uniper hat das in Wilhelmshaven erkannt und setzt stattdessen direkt auf einen anderen technologischen Pfad. Für die weiterhin geplanten Standorte in Brunsbüttel und Stade liegen ebenfalls keinerlei konkrete Umrüstungspläne vor – sie werden momentan ausschließlich fossil geplant und so auch genehmigungstechnisch vorangetrieben. Die bestehenden [Studien der Industrie selbst](#) kommen zu dem Schluss, dass eine spätere Umrüstung nicht zu empfehlen ist.

Wir bitten Sie, sich als Wirtschafts- und Klimaminister klar gegen eine Verschwendung von öffentlichen Fördermitteln für klimafeindliche und ökonomisch nicht tragbare LNG-Importterminals auszusprechen und zeitnah die rechtlichen Voraussetzungen für umwelt-/klimafreundliche Alternativen zu schaffen.

Gerne stehen wir für Gespräche zu diesem Thema bereit und würden es sehr begrüßen, wenn Sie uns zu einem solchen Dialog einladen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Constantin Zerger

im Namen des Klimabündnisses gegen LNG vertreten durch die untenstehenden Unterzeichner.

#### **Anlage**

- DUH-Informationsbroschüre [Brunsbüttel](#)
- DUH-Informationsbroschüre [Stade](#)

Unterzeichner*innen	Logo
<p>Andy Gheorghiu, Campaigner und Consultant E-Mail: andy.gheorghiu@mail.de</p>	<p>andy gheorghiu consulting</p> 
<p>Constantin Zerger, Bereichsleiter Energie und Klimaschutz, Deutsche Umwelthilfe e.V. E-Mail: zerger@duh.de</p>	 <p>Deutsche Umwelthilfe</p>
<p>Dr. Reinhard Knof, Vorsitzender, Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.  E-Mail: reinhard_knof@hotmail.com</p>	
<p>BUND Kreisgruppe Steinburg</p>	 <p>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY BUND-Kreisgruppe Steinburg</p>
<p>Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz, Haseldorfer Marsch, Hetlingen e.v.  Ralf Hübner, Vorsitzender</p>	<p><a href="http://www.arge-umweltschutz.de">www.arge-umweltschutz.de</a></p>
<p>BUND Niedersachsen  Heiner Baumgarten, Vorstandsvorsitzender</p>	<p>Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland</p>  <p>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>